



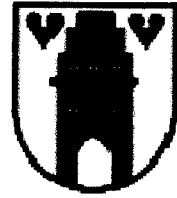
Gemeinde Barßel
Der Bürgermeister



Gemeinde Bösel
Der Bürgermeister



Der Bürgermeister



Stadt Friesoythe
Der Bürgermeister

St.-Marien-Hospital
Geschäftsführung
Herr Bernd Wessels
Frau Nadine Krefeld
St.-Marien-Straße 1
26169 Friesoythe

04. Oktober 2021

Schließung der Geburtsstation des St.-Marien-Hospitals Offener Brief

Sehr geehrte Frau Krefeld,
sehr geehrter Herr Wessels,

am Morgen des 20. September 2021 - kurz vor der öffentlichen Bekanntgabe der Entscheidung – haben Sie Herrn Bürgermeister Sven Stratmann über die bevorstehende Schließung der Geburtsstation des St. Marien-Hospitals informiert.

Die anderen Bürgermeister der Nordkreiskommunen wurden nicht unmittelbar in Kenntnis gesetzt, sondern haben die Nachricht der Presse entnommen bzw. vor einer Woche eine schriftliche Erläuterung bekommen, wie sie wohl allen Kommunalpolitikern im Nordkreis zugegangen ist.

Sie werden verstehen, dass die Nachricht von der Schließung der Geburtsstation bei uns und unseren Gemeinde-/Stadträten große Bestürzung ausgelöst hat.

Diese Nachricht beschäftigt viele Menschen in unseren Kommunen, auch wenn sie nicht zum Kreis der unmittelbar betroffenen werdenden Eltern gehören. Es stellt sich die berechtigte Frage, ob die Schließung ein erster von weiteren Schritten zur Reduzierung der gesundheitlichen Nahversorgung darstellt. Diese Sorgen müssen und wollen wir als Bürgermeister ernst nehmen, zumal wir sie uneingeschränkt teilen.

Darüber hinaus ist es aber auch für uns von grundlegender Bedeutung, wie sich die Gesundheitsversorgung in unseren Gemeinden/unserer Stadt in Zukunft entwickeln kann und wird und wo wir hier positiv Einfluss nehmen können. Wir wissen, dass wir den Ärztemangel in ländlichen Regionen für unsere Bereiche nicht „ausschalten“ können. Wenn wir als Kommunen bei solch elementaren Entscheidungen wie der Schließung einer Geburtsstation aber nur am Rande informiert werden, stellt sich die Frage, ob ein gemeinsames Bestreben überhaupt zielführend sein kann.

Dabei ist auch von Bedeutung, dass eine Geburtenstation für die Menschen vor Ort eine andere Bedeutung hat als andere medizinische Disziplinen. Überspitzt formuliert gibt es schon zu denken, wenn ein Krankenhaus in einem der geburtenstärksten Landkreise Deutschlands nicht in der Lage ist, eine Geburtenstation zu (er)halten, obwohl im benachbarten, deutlich geburtenschwächeren Landkreis Ammerland die gleiche Zahl von Betten vorgehalten werden kann wie bislang im hiesigen Landkreis.

Es stellt sich also die Frage, ob im Vorfeld hinreichend und intensiv genug mit den umliegenden Kliniken und der Politik um eine Standortsicherung gerungen wurde. Mit uns als Standortkommunen fand dieser Austausch jedenfalls nicht statt.

Wir denken Sie pflichten uns bei, dass alle vier Nordkreiskommunen Anliegen und Begehren des St. Marien-Hospitals immer sehr aufgeschlossen und wohlwollend gegenüber standen. Wir alle sehen es als unseren Auftrag, das Krankenhaus zu fördern, um den Menschen in unserer Region eine Sicherheit bezüglich der gesundheitlichen Versorgung zu bieten. Das zeigt sich zum einen in der Mitgliedschaft aller vier Kommunen im Förderverein für das St. Marien-Hospital. Aber auch die erheblichen finanziellen Mittel, die über den Landkreis für die Erweiterung des St. Marien-Hospitals zur Verfügung gestellt werden sollen, wurden von uns immer mitgetragen.

Auch wenn die Städte und Gemeinden nicht für die Krankenhausversorgung zuständig sind – hier ist auf §§ 1 und 2 des Landeskrankenhausgesetzes zu verweisen –, können und wollen wir im Hinblick auf den bevorstehenden gravierenden Einschnitt für werdende Eltern nicht untätig bleiben.

Wir haben uns deshalb heute getroffen, um gemeinsam zu entscheiden, welche Schritte jetzt initiiert oder unterstützt werden können, um eine möglichst gute Begleitung werdender Eltern und der neugeborenen Kinder auch in unseren Zuständigkeitsbereichen zu gewährleisten. Denn dass mit der Schließung der Geburtenstation im St. Marien-Hospital in Friesoythe eine Verschlechterung in der Versorgung, wenn nicht sogar eine Lücke entsteht, kann wohl niemand ernsthaft abstreiten.

Wir wissen, dass unsere Hinweise nicht dazu führen werden, dass die Geburtenstation des St. Marien-Hospitals ihre Aufgabe auch über den 31. Oktober 2021 hinaus wahrnehmen wird. Mit der Schließung müssen wir uns wohl alle abfinden.

Wir fordern Sie aber auf, den örtlichen Hebammen auch über den 31. Oktober 2021 hinaus die Möglichkeit zu geben, geburtsvorbereitende und –begleitende Angebote in Räumen des St. Marien-Hospitals durchführen zu können, so wie dies bislang auch der Fall war.

Selbstverständlich werden wir auch prüfen, welche Alternativen es zu einer in einer Klinik implementierten Geburtenstation gibt und ob wir hier als Kommunen ggfs. als Initiatoren auftreten können.

Darüber hinaus möchten wir als Bürgermeister Vorsorge treffen, um ähnliche Entwicklungen wie bei der Geburtenstation bei anderen medizinischen Fachgebieten, die im St. Marien-Hospital vorgehalten werden, zu verhindern. Dabei werben wir vor allem um eine frühzeitige Information über sich anbahnende Probleme, um sich dann ggfs. mit vereinten Kräften für die Sicherung eines guten medizinischen Angebotes vor Ort einsetzen zu können.

Irritiert hat uns bei den Verlautbarungen des St. Marien-Hospitals zur Schließung der Geburtsstation, dass unmittelbar mit Bekanntgabe der Nachfolgeplan eröffnet wurde, der eine für das Krankenhaus offenbar wirtschaftlich attraktivere Nutzung der Räumlichkeiten beinhaltet. Auch ein Mehr an gynäkologischen Untersuchungen aufgrund der bei den Fachärzten frei werdenden Kapazitäten wird als vorteilhaft beschrieben.

Es wäre deshalb hilfreich, wenn uns seitens des St. Marien-Hospitals die weiteren Pläne für die Ausrichtung des Krankenhauses erläutert werden könnten, insbesondere wie sich künftig die Relationen zwischen medizinischer Nahversorgung der örtlichen Bevölkerung zu medizinischen Fachdisziplinen mit deutlich überregionalem Einzugsbereich darstellen werden.

Wir haben natürlich auch erkannt, dass die Probleme für ein relativ kleines Krankenhaus bei der Aufrechterhaltung von wohnortnahen Angeboten auch eine Folge der Krankenhausplanung des Landes und der Vorgaben durch den Bund ist. Die Versorgung vor Ort sicherzustellen liegt zudem in der Zuständigkeit des Landkreises. Wir werden deshalb auch mit den dort jeweils verantwortlichen Personen sprechen, um für den Nordkreis des Landkreises Cloppenburg auch langfristig den Krankenhausstandort zu sichern.

Mit freundlichen Grüßen

A large, stylized handwritten signature in black ink, consisting of several overlapping loops and a long horizontal stroke at the bottom.A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Anku' followed by a stylized flourish.A handwritten signature in black ink, featuring a large, sweeping loop and a horizontal line extending to the right.A handwritten signature in black ink, consisting of a large, open loop on the left and a horizontal line extending to the right.